

Antrag 143/I/2020**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Konsequent für Pro Choice – Für einen Schutz des Begriffs der Schwangerschaftskonfliktberatung!**

1 Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird aufge-
2 fordert eine Gesetzesnovelle im Sinne des Antrags umge-
3 hend in die Wege zu leiten:

4

5 Wir fordern, dass die angebotenen Beratungen für
6 Schwangere* in Konfliktsituationen seriös durchgeführt
7 werden und die schwangeren Menschen, wie vorgeschrie-
8 ben, im Anschluss an die Beratung einen Beratungsschein
9 erhalten, welchen sie für die Durchführung eines Abbr-
10 ches laut Gesetz vorweisen müssen (StGB §219 Absatz
11 2Satz 2).

12

13 Um den Zugang zu ergebnisoffener Beratung sicher-
14 zustellen, fordern wir einen Begriffsschutz des Begriffs
15 der im Gesetz festgelegten und regulierten "Schwan-
16 gerschaftskonfliktberatung"! So soll ermöglicht werden,
17 dass Schwangere* niederschwellig unterscheiden kön-
18 nen, ob Einrichtungen einen Beratungsschein ausstel-
19 len oder nicht. Der Begriff der "Schwangerschaftskon-
20 fliktberatung" soll nur von solchen Beratungsstellen be-
21 nutzt werden dürfen, welche gesetzlich anerkannt, an das
22 Schwangerschaftskonfliktgesetz gebunden sind und die
23 Genehmigung haben, Beratungsscheine auszustellen.

24

Begründung

26 Am 1. Juli 2019 hat am Kurfürstendamm 69 die Berli-
27 ner "Beratungsstelle" des Vereins „Pro Femina“ eröffnet.
28 „Pro Femina“ bietet laut eigener Aussage Beratungen „für
29 Frauen im Schwangerschaftskonflikt“ an.

30

31 Die Verwechslung mit der staatlich anerkannten Bera-
32 tungsstelle „pro familia“ ist hier allein durch die Namens-
33 gebung durchaus gewollt. „Pro Femina“ stellt dabei je-
34 doch weder einen Beratungsschein aus, noch beraten sie
35 ergebnisoffen oder seriös. Dies ist nicht nur in Berlin, son-
36 dern in diversen Bundesländern der Fall. Laut einiger Er-
37 lebnisberichte von Personen, die in einer durch „Pro Fe-
38 mina“ geleiteten Beratungsstelle waren, setzen diese die
39 Schwangeren* sogar auch nach der Beratung weiter un-
40 ter Druck, keinen Abbruch vornehmen zu lassen, indem
41 sie diese u.a. mit Anrufen regelrecht terrorisieren. Bei all
42 dem versucht „Pro Femina“ sich als normale Beratungs-
43 stelle darzustellen, denen die Sorgen von schwangeren
44 Menschen am Herzen liegen. Dies ist jedoch nicht der Fall
45 – die Embryonen, das „potentielle neue Leben“, stehen in
46 der Beratung im Vordergrund, nicht aber das Leben der
47 schwangeren Person. Eine Abtreibung wird hierbei nicht

48 als legitime Entscheidung dargestellt. Schwangere wer-
49 den bewusst getäuscht und in ihrem Recht auf eine selbst-
50 bestimmte Entscheidung eingeschränkt – entscheiden sie
51 sich für einen Abbruch der Schwangerschaft, müssen sie
52 in eine andere Beratungsstelle, die einen Beratungsschein
53 ausstellt. Teilweise ist dafür dann aber keine Zeit mehr:
54 „Pro Femina“ zögert die Beratung meist so lange hinaus,
55 bis die ersten 12 Wochen der Schwangerschaft überschrit-
56 ten sind und eine Abtreibung nach dem Gesetz nicht mehr
57 möglich ist (StGB §218a Absatz 1 Punkt 3). Ratsuchenden
58 wird finanzielle Unterstützung angeboten, wenn sie sich
59 dafür entscheiden, die Schwangerschaft fortzuführen. Die
60 engen Verbindungen von „Pro Femina“ zur sog. Lebens-
61 schutzbewegung sind u.a. an der Person Kristijan Aufie-
62 ro zu sehen, führendes Mitglied von „Pro Femina“ und
63 ebenfalls Vorsitzender des „Birke e.V.“, welcher der Lebens-
64 schutzbewegung zuzuordnen ist.

65
66 Eine Schließung der sogenannten Beratungsstellen von
67 „Pro Femina“ bzw. eine Untersagung von Beratungen von
68 „Personen im Schwangerschaftskonflikt“ war nicht mög-
69 lich, da der Terminus der „Schwangerschaftskonfliktbera-
70 tung“ keine Exklusivität besitzt und somit nicht nur von
71 solchen Stellen benutzt werden darf, die an das Schwan-
72 gerschaftskonfliktgesetz gebunden sind, sondern von al-
73 len.

74
75 Eine solche Missachtung des Rechts auf Selbstbestim-
76 mung über den eigenen Körper und die bewusste Täu-
77 schung von Schwangeren* lehnen wir entschieden ab!

78
79 Wir kämpfen für das Recht von Menschen, selbst zu ent-
80 scheiden, ob sie eine Schwangerschaft fortführen möch-
81 ten oder nicht!

82
83 Wir fordern die ergebnisoffene Beratung von Schwange-
84 ren* in Krisensituationen und den freien Zugang zu Infor-
85 mationen über Abtreibungen!